

- 75 In einer Diskussion mit Greenpeace gab ein dortiger Mitarbeiter immerhin zu, daß z.B. die Aktionen von Greenpeace vor der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague noch mehr Wirkung gehabt hätten, wenn Basisinitiativen an den Kraftwerksstandorten in Deutschland rechtzeitig einbezogen worden wären.
- 76 Greenpeace-Schrift **"Greenpeace in Aktion"**, Stand 12/1996. **Die Woche vom 13.12.1996**. Verschiedene Selbstdarstellungen im **Taschenkalender "Greenpeace"**.
- 77 Greenpeace-Schrift **"25 Jahre Greenpeace"**.
- 78 Greenpeace-Schriften **"Struktur"** und **"Greenpeace in Aktion"**, S. 2-3. Text "Kritik an Greenpeace" in **Robin Wood, 1984, "Vor uns sterben die Wälder"**, Rowohlt, Reinbek (S. 59-64). Interview mit Anne Scherer von Robin Wood in **Greenpeace-Magazin 4/1990**, S. 12).
- 79 Daran ändern auch die Mitmachaktionen wie Unterschriftensammlungen, Protestpostkarten (z.B. gegen Atomversuche) oder das EinkaufsNetz nichts. Sie laufen begleitend zu Spendenkampagnen. Bei Greenpeace ist längst bekannt, daß Menschen am liebsten spenden, wo sie auch selbst ein bißchen Aktion mitmachen können. Die Verbindung von Spendenaufrufen mit kleinen Mitmachaktionen ist daher für Greenpeace auch ein Trick.
- 80 Z.B. im Verlag "Die Werkstatt".
- 81 Kooperationen mißlingen immer, Greenpeace bekam Aktionen nur dann hin, wenn es ohne andere oder ohne Absprachen handelte, was in der Anti-Atom-Szene oft kritisch beurteilt wurde. Die Greenpeace-Aktionen, z.B. Schienenblockaden, waren durchaus effektiv, aber immer unkoordiniert.
- 82 Schon ein halbes Jahr vor Erscheinen des vernetzenden Infodienstes "Ö-Punkte" im November 1997 gab es Gespräche mit Greenpeace, Briefwechsel und einen direkten Besuch. Doch bis heute liegt keine Entscheidung vor, weder zur Mitarbeit noch zum Versand des Infodienstes an die Basisgruppen.
- 83 Mündliche Mitteilung von Greenpeace.
- 84 Unter den 40 entscheidungsbefugten Mitgliedern von Greenpeace befinden sich nun auch 10 VertreterInnen der Regionalgruppen. Das bedeutet formale Mitspracherechte.
- 85 Siehe verschiedene Werbeschriften und den Leitfaden für die Gruppen, herausgegeben von Greenpeace. Alle Greenteams sollten eine/n AnsprechpartnerIn aus einer Greenpeace-Regionalgruppe haben. Dort wurde der Umgang sehr unterschiedlich gehandhabt. Letztlich wurden aber auch Greenteams akzeptiert, die auf diesen Kontakt verzichteten.
- 86 Z.B. gemeinsames Tierfreund-Sonderheft zusammen mit Umwelt- und Projektwerkstätten. Verteilung der Öko-Aktiv-Mappe (herausgegeben von der Jugend-Umwelt-Info-Stelle) und anderen Schriften aus der Jugendumweltbewegung an die Greenteams.
- 87 Greenpeace-Schrift **"Jahresrückblick 1996"**, S. 18-19.
- 88 Greenpeace-Schrift **"Struktur"**. Beiträge in den jährlichen **Taschenkalendern "Greenpeace"**.
- 89 Neben Greenpeace trat hier Robin Wood verstärkt auf.
- 90 Die bekannteste Greenpeace-Gründerin, Monika Griefahn, auch Vorstandsmitglied bei Greenpeace International, wurde Umweltministerin in Niedersachsen unter dem Wirtschafts- und Atomförderer Gerhard Schröder und steht heute wegen realpolitischer Entscheidungen z.B. bei der Genehmigung von Atomanlagen im Wendland in der Kritik.
- 91 So geschehen bei Plakatserien über VerursacherInnen von Klimabelastungen.
- 92 **Robin Wood, 1984, "Vor uns sterben die Wälder"**, Rowohlt, Reinbek. Verschiedene Selbstdarstellungen.
- 93 Robin Wood: **Rechenschaftsbericht 1996. Die Woche vom 13.12.1996**.
- 94 Seit 1996 gibt es eine Ausnahme: Zusammen mit Greenpeace, dem BUND und Naturland wurde ein Gütesiegel für Holz aus naturnaher Forstwirtschaft entwickelt und öffentlich vorgestellt.
- 95 Mit Robin Wood lief der Versuch, einen bundesweiten Vernetzungs-Infodienst aufzubauen ("Ö-Punkte") genauso wie bei Greenpeace (siehe 82). Alle Anfragen blieben in den Geschäftsstellen hängen, selbst aus direkten Gesprächen heraus kam es nie zu Entscheidungen oder Antworten aus der Zentrale.
- 96 Die meisten Kampagnen richten sich an die Öffentlichkeit und wollen dort Verhaltensänderungen oder Spenden an Robin Wood bewirken. Der direkte Druck auf PolitikerInnen findet selten statt.
- 97 Ein trauriges Beispiel der Verbandsmeierei ist im **Ökokalender 1998** (Verlag Die Werkstatt, Göttingen) zu bewundern. Auf jedem Aktionsfoto ist groß der Verbandsname zu lesen. Und selbst auf dem Foto von der Schienenblockade gegen den Castor steckt auf dem Acker nebenan, völlig sinnlos, das Banner mit dem Namen. Warum dieses Werbefoto gewählt wurde, ist vor allem angesichts dessen, daß Robin Wood z.B. auch mit Strahlenmessungen am Castor aktiv war, sehr verwunderlich.
- 98 **"Unser Wald", Juni 1997**, S. 5-8. Genaue Infos zur SDW in einem Manuskript von Frank Knoche, 1998.
- 99 Eine Liste der Vorsitzenden und Geschäftsstellen findet sich am Ende jede Ausgabe von **"Unser Wald"**.
- 100 Mit dabei war auch die CDU-Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth. Der ADAC ist Hauptpartner, obwohl gerade er in Ostdeutschland den Ausbau vieler Straßen und damit die Zerstörung von Alleen fordert.
- 101 Quellen: Selbstdarstellungen und Zeitschriften des VCD.
- 102 Der Posten wurde 1997 in Generalsekretär umbenannt.
- 103 Sowohl im NABU wie auch im BUND haben sich einzelne Basismitglieder über die KFZ-Versicherungsangebote beschwert.
- 104 Der ADFC lehnte die Mitwirkung an dem vernetzenden Infodienst "Ö-Punkte" Ende 1997 mit der Begründung ab, der Verband wolle sein Image gerade weg vom verkehrspolitischen hin zu einem Freizeitverband verändern, da würde ein solcher Infodienst nicht ins Konzept passen (mündliche Mitteilung der ADFC-Pressesprecherin).
- 105 Der NVN zog gegen die Landesregierung vor Gericht und mußte dann anerkannt werden.
- 106 **Jürgen Streich, 1997, "30 Jahre Club of Rome"**, Birkhäuser, Basel. **Jutta Dittfurth, 1997, "Feuer in die Herzen"**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg (S. 134-148).
- 107 Im Club finden sich fast nur Männer und kaum jüngere Menschen.

### 3.3 Die Steigerung: Dachverbände

#### 3.3.1 Deutscher Naturschutzring (DNR)<sup>1</sup>

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist zum einen eine schwerfällige, fast gänzlich handlungsunfähige Organisation. Dieses wird durch die innerverbandliche Hierarchie und Bürokratie sowie durch das Verhalten von BUND, Naturschutzbund und WWF verschlimmert, die vor allem ihre Verbandsinteressen in den Vordergrund stellen.

Zudem aber hat der DNR eine gefährliche Staatsnähe. Parteimitglieder oder andere, mit dem Staat oder, seltener, der Wirtschaft liierte Personen dominieren den Vorstand. Wenn der DNR einmal aktiv wird, orientiert er sich an Aktionen, die eher pompös wirken und statt der Naturschutzbasis große Firmen und bekannte PolitikerInnen ansprechen. In Sinne eines aktiven und unabhängigen Natur- und Umweltschutzes wirkt der DNR nicht.

#### Geschichte und Ziele

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) wurde 1950 gegründet, angestossen vor allem von der Bundesanstalt für Naturschutz, also einer Behörde. Erst im Laufe der Zeit entstand der Dachverband der deutschen Naturschutzverbände, wie er sich auch heute darstellt. Seit 1968 regiert Prof. Wolfgang Engelhardt den Verband, rund um sich versammelt er im Vorstand vor allem Spitzenfunktionäre der großen Umweltverbände (BUND, Naturschutzbund usw.) sowie einige weitere.

Was der DNR eigentlich soll, ist unklar. Unstrittig ist der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsverbänden bzw. die Informationsweitergabe von Berichten z.B. aus dem staatlichen Naturschutz. Dieser Funktion kommt der DNR nach besten Kräften nach, aber seine Hände sind teilweise gebunden. Vor allem die großen Umweltverbände sehen den DNR teilweise als Konkurrenz und degradieren ihn zu einem Verwalter niederrangiger Aufgaben. Zudem versteht er sich nur als Dachverband für seine Mitglieder, zu den unabhängigen Teilen der Umweltbewegung hält der DNR keinen Kontakt.<sup>2</sup> Ein zweites Ziel, die politische Lobbyarbeit, ist in der langen Geschichte gänzlich gescheitert. Das hat zwei Gründe. Zum einen, wie schon erwähnt, haben einige Umweltverbände kein Interesse an einem "starken" DNR. Zum zweiten ist der DNR alles andere als eine unabhängige Einrichtung. Er erhält regelmäßige Förderungen durch das Bundesumweltministerium (vorher Landwirtschaftsministerium), seine Spitzenfunktionäre sind überwiegend Parteimitglieder und unter solchen Mitgliedersgruppen gibt es viele, die den Naturschutz gar nicht als wesentliches Ziel verfolgen.

Der DNR hat über 100 Mitgliedsgruppen mit zusammen ca. 3 Mio. Mitgliedern.

#### Struktur und Mitglieder

Der Deutsche Naturschutzring ist ein Dachverband, kein Netzwerk. Das schafft enorme Probleme. Projektgruppen oder Arbeitskreise, sollten sie überhaupt gebildet werden, müssen sich die Rückendeckung des Vorstandes oder der Mitglieder-

versammlung einholen. Bürokratie und Hierarchie verhindern effektive Arbeit. Unter den Mitgliedern gibt es drei Gruppen. Etliche Verbände stellen überhaupt keine Naturschutzverbände dar, sondern sind überwiegend Interessenvertretungen der NaturnutzerInnen, z.B. WandererInnen, KanutInnen, ReiterInnen, Fotografinnen und SporttaucherInnen. Diese Gruppe steht politischen Aktivitäten regelmäßig skeptisch oder ablehnend gegenüber. VertreterInnen dieser Verbände waren regelmäßig auch im Vorstand vertreten, z.B. zur Zeit eine Vertreterin der Reiterlichen Vereinigung. Gegenüber früheren Jahren ist der Einfluß dieser Gruppen zurückgegangen, weil einige Verbände wie der Jagdverband nach Protesten oder Austritten anderer Gruppen (Bund gegen den Mißbrauch der Tiere, BUND) den DNR verlassen mußten.<sup>3</sup> In den 80er Jahren noch war es normal, daß DNR-Vorständler aus den Naturnutzervereinen öffentlich z.B. für den Bau von Autobahnen eintraten (wie der ehemalige CDU-Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, Konrad Schubach, der während seiner DNR-Präsidentschaft den Weiterbau der A1 und der A60 forderte).<sup>4</sup>

Die zweite und wichtigste Gruppe sind die großen Naturschutzverbände. Im Kern stehen der BUND, der Naturschutzbund und der WWF Deutschland, zudem können die Naturfreunde oder einige andere Umweltverbände hinzugerechnet werden. Diese Verbände sind zentral verantwortlich für die Schwäche des DNR, weil sie sich so besser selbst profilieren können. Gerade BUND, Naturschutzbund und WWF haben sich in den vergangenen Jahren immer durch fehlende Kooperationsbereitschaft ausgezeichnet. Im DNR sitzen sie überproportional stark im Vorstand und haben einen wesentlichen Einfluß auf das Geschehen. Die beschriebene Gruppe hat sich als "Verbändeforum im DNR" eine eigene Arbeitsstruktur gegeben. Die Gründung des BUND bundesweit war eine Antwort auf den schon damals schwachen DNR. Heute, wo der BUND den DNR ändern könnte, will er es nicht mehr. Zur Zeit gibt es eher einzelne, direkte Kooperationen, z.B. von BUND, Naturschutzbund und WWF oder von der Grünen Liga mit dem NABU. Die großen Verbände koordinieren die wesentlichen Naturschutzaktivitäten (Öffentlichkeitsarbeit, politische Aktionen usw.) unter sich, während der DNR oder auch andere Umweltverbände unbeachtet bleiben.<sup>5</sup> Ziel dieser Kungelei ist nicht die maximale Stärke des Naturschutzes, sondern das optimale Ergebnis für den eigenen Verband.

Als dritte Gruppe finden sich dann noch weitere, kleinere oder im DNR wenig engagierte Umweltverbände wie die Grüne Liga,<sup>6</sup> Robin Wood oder der BBU. Mitte der 80er Jahre trat der Deutsche Jugendbund für Naturbeobachtung (DJN) aus Protest gegen die Politik des DNR aus.<sup>7</sup>

Wo der Deutsche Naturschutzring politisch steht, zeigte sich am 4.11.1997: Der Präsident des Deutschen Naturschutzringes, Prof.Dr. Wolfgang Engelhardt feiert seinen 75-jährigen Geburtstag. Das war eine öffentliche Veranstaltung wert. Alle wichtigen FreundInnen des obersten Umweltschützers dieser Republik kamen und hielten Reden. Den Anfang und das Ende und damit die Hauptteile der RednerInnenliste, bildeten zwei ganz besondere Bekannte: Umweltministerin Angela Mer-

kel und Bundeskanzler Helmut Kohl. Nicht auf der RednerInnenliste und auch gar nicht geladen: UmweltschützerInnen der Basis, Menschen, die sich vor Atomzüge setzen oder Baukräne an Autobahnstellen besetzen, um gegen die Politik von Kohl/Merkel und anderen zu protestieren. Pikant: Genau zur gleichen Zeit (!) wurde der Krümmelcastor durch Land geprügelt wird, etliche AtomkraftgegnerInnen verbrachten die Zeit im Knast, während in einem teuren Etablissement in Bonn die Mächtigen der Bundesregierung und der Umweltverbände der Öffentlichkeit ihre Verbundenheit miteinander präsentierten, darunter neben den DNR-Offiziellen auch die Chefs der großen Umweltverbände wie BUND und Grüne Liga.<sup>8</sup>

#### Im Original: Auszüge aus der Rede von Bundeskanzler Kohl am 4.11. gegen 17 Uhr<sup>9</sup>

... Wir haben uns hier zusammengefunden, um einer außergewöhnlichen Persönlichkeit unseres Landes unseren Dank und unsere Anerkennung auszusprechen. ... Die große Zahl derer, die heute von nah und fern zu Ihren Ehren gekommen sind, zeigt die hohe Wertschätzung, die Sie überall genießen – in der Wissenschaft, in der Politik und Gesellschaft. ... Als treibende Kraft in den Umweltverbänden haben Sie ganz wesentlich zum sachlichen Dialog in Fragen des Umweltschutzes beigetragen. Ich erinnere mich an viele fruchtbare Gespräche mit Ihnen. ... Sie standen immer mit beiden Beinen auf dem Boden, lieber Professor Engelhardt. ... Sie tun dies mit Überzeugungskraft und Augenmaß. Sie verlieren dabei nie den Sinn für das Machbare. ...

Meine Damen und Herren, unser Engagement für den Klimaschutz und die internationale Umweltpolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn wir uns im Geiste von Rio um eine umweltverträgliche Entwicklung bemühen. ... So müssen wir angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung sparsamer mit Energie und anderen natürlichen Ressourcen umgehen. Darüber hinaus ist es unsere Aufgabe, Mittel und Wege zu finden, daß wirtschaftliches Wachstum nicht mit einer Zunahme der Umweltbelastungen einhergeht. ... Die kommunistischen Herrscher in der früheren DDR hatten die Natur rücksichtslos ausgebeutet. Heute stehen in den neuen Bundesländern neue Kraftwerke mit modernster Reinigungstechnik. Die Beseitigung dieser Umweltschäden nach der Wiedervereinigung gehört zu den Erfolgsgeschichten der deutschen Einheit. Das wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet! ...

Unsere Anstrengungen in der Bundesrepublik können sich auch im internationalen Vergleich gut sehen lassen. ...

... viele Menschen, die sich für den Schutz der Natur einsetzen, tun sich mit der Notwendigkeit zum Kompromiß oft schwer. Die Politik muß aber mit Augenmaß und unter Abwägung aller Erfordernisse entscheiden. Lieber Herr Professor Engelhardt, seit 1968 sind sie Präsident des Naturschutzrings, des Dachverbandes der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände. Sie haben in diesem Jahrzehnt viel dafür getan, um Gegensätze zwischen Politik und Umweltverbänden abzubauen und Brücken zu schlagen. ... Ich möchte Ihnen noch einmal herzlich für Ihren beispielhaften Einsatz danken und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg, Kraft und Gottes Segen.

#### Kompromisse statt Positionen

Der DNR ist der Dachverband der Natur- und Umweltschutzverbände. Die spezifischen Interessen der Mitglieder laufen aber der Hoffnung entgegen, daß dieser Dachverband zur "Spitze" des Umweltschutzes wird. Auch politischer Anpassung und/oder aus Angst, sich dann selbst nicht mehr ausreichend profilieren zu können, wird der DNR ausgebremst. Wo er aktiv wird, muß er auf die vielen Vorbehalte seiner Mitglieder Rücksicht nehmen, vor allem der großen Umweltverbände, die auch im Vorstand vertreten sind. Positionspapiere, Kampagnen usw. sind als Folge nicht mehr an der Sache orientiert, sondern Kompromißformeln. Das wird von

den Spitzenpersonen im DNR auch so gesehen. So argumentierte z.B. selbst der Grüne-Liga-Funktionär und DNR-Vorständler Leif Miller für eine Bevorzugung der Großkonzerne bei der vorgeschlagenen Steuerreform mit dem Hinweis, daß "man pragmatisch denken müsse" und im DNR ein Kompromißpapier das maximal Erreichbare sei.<sup>10</sup> Damit wurde klar, daß UmweltschützerInnen bereits unter sich keine umweltorientierten Positionen mehr aufstellen können. Eine schwache Verhandlungsstrategie mit Industrie und Politik ist dann unausweichlich. Das wird jedoch in den großen Umweltverbänden und im DNR selbst gar nicht als Problem bewertet. Einen Anspruch an inhaltlich-politische Qualität gibt es im DNR nicht.<sup>11</sup>

### Der Vorstand: Kaum unabhängige Personen

Die Vorstandsliste liest sich wie ein "Who ist who?" des deutschen Naturschutzes. Hinter den bekannten Namen aber stecken Personen, die längst nicht mehr unabhängig sind, sondern ihre Verbands- oder Parteiinteressen ebenso bedenken müssen wie bei einigen vorhandene Karriereabsichten.

Bis Anfang der 90er Jahre war der DNR-Vorstand vor allem von regierungsnahen Personen geprägt, Mitglieder von Parteien (z.B. der langjährige Vize-Präsident Reinhard Sander, SPD) oder Hauptamtliche in Ämtern und Behörden. In den letzten Jahren sind die Posten stärker von den prägenden Verbänden im DNR besetzt worden. Parteimitglieder gibt es aber auch dort genug.

Die wesentlichen Drahtzieher des DNR sind (Stand 1998):<sup>12</sup>

- Präsident Prof. Wolfgang Engelhardt: Seit vielen Jahrzehnten in Spitzenpositionen des deutschen Naturschutzes. Neben seiner Führungsposition im DNR ist er stellvertretender Vorsitzender des Vergaberates bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.<sup>13</sup> Insgesamt ist er auf der Bonner Regierungsebene mit vielen Personen direkt bekannt. Wolfgang Engelhardt ist Mitglied der CSU<sup>14</sup> und tritt auch in rechten Kreisen in Erscheinung. Langjähriger, wissenschaftlicher Partner war der rechte Ökologieprofessor Konrad Buchwald. Erst kürzlich schrieb Engelhardt eine Artikelserie für das ehemalige NPD-Blatt "Mut".

**Im Original: Auszüge aus dem Text "Das Wachstum der Weltbevölkerung" von Wolfgang Engelhardt in der Zeitschrift "Mut", Sept. 1997 (S. 6-16)**

... sollte man meinen, daß auch der Lösung des Weltproblems Nr. 1, des Wachstums der Weltbevölkerung, höchste Priorität zuerkannt und – was entscheidend ist – auch entsprechend gehandelt wird. Leider ist dem noch immer nicht so. ...

Sicher aber ist – und das ist sehr wichtig für die Beurteilung des Gesamtproblems, daß 96 Prozent des Bevölkerungswachstums während der nächsten Jahrzehnte in den Einwicklungs- und Schwellenländern stattfinden wird....

Eine kurze Überlegung beweist ..., daß die anderen ... globalen Umweltprobleme mehr oder weniger durch die rasche Bevölkerungszunahme verursacht sind.

- Schatzmeister Jürgen Resch: Resch ist Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe und hatte diesen Posten bis vor kurzen auch bei der im gleichen Büro sitzenden Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), für die er auch jetzt noch nebenberuflich arbeitet. Dort ist Resch einer der beiden Hauptdrahtzieher

in den Spendengeschäften mit großen Konzernen. Die Deutsche Umwelthilfe und noch mehr Euronatur sind vor allem von BUND sowie in zweiter Linie vom Naturschutzbund gegründet worden, um Gelder zu waschen, d.h. Spenden anzunehmen, die der Verband nicht direkt annehmen will, um sein Image nicht zu schädigen. Hauptgeldgeber sind Lufthansa und Daimler-Benz, die Kooperationspartner reichen bis zur Weltbank und der GTZ (offizielle Entwicklungshilfeeinrichtung der Bundesregierung). Resch gilt als einer der großen Geldstrategen, der überall Verbindungen aufbaut, um große Geldsummen dirigieren zu können. Resch sitzt im Beirat der Expo und vertritt die Position, daß es richtig ist, sich an der Expo zu beteiligen (siehe Kap. 5.2.2).

- Beisitzer Jochen Flasbarth: Flasbarth ist Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), der ihn für diesen Posten auch hauptamtlich bezahlt. Flasbarth gehört keiner Partei an, hat aber in den wenigen Jahren seiner Präsidentschaft im NABU gezeigt, daß er mit Politik und Wirtschaft umzugehen weiß – und zwar im Sinne einer Anbiederung, um Geld und kurzfristige Prestigeerfolge zu erringen. So wurde er 1996 von Gruppen der Grünen Liga angegriffen, als er zusammen mit der Otto-Stiftung in geheimen Kungelrunden eine Einigung über den Elbeausbau mit Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann erreichte und sich dafür öffentlich feierte.<sup>15</sup> Kooperationen ging Flasbarth mit der Commerzbank ein, in den NABU-Vorstand holte er weitere Industrielle (siehe Kap. 5.2.1). Wie wenig politischen Spürsinn Flasbarth hat, bewies er bei den Proteste gegen den dritten CASTOR-Transport ins Wendland. Während sich dort AtomkraftgegnerInnen für einen Ausstieg aus der Atomkraft einsetzten, ging Flasbarth unter großem Medienrummel mit Atomministerin Merkel in den Wald und malte Spechte auf Bäume, die nicht gefällt werden sollten. Innerverbandlich ist Flasbarth ein Vertreter einer geschlossenen Verbandslinie und hat Kritiker auch schon aus dem Verband geworfen. Auf dem Deutschen Umwelttag 1992 quittierte Flasbarth die Kritik an der Dominanz der Industrie mit dem verbalen Niedermachen der KritikerInnen und bedauerte die Abwesenheit der Autokonzerne (siehe Kap. 5.2.2).
- Beisitzer Hubert Weinzierl: Bekannt ist neben seiner Tätigkeit als (ehrenamtlicher) Vorsitzender des BUND bundesweit und in Bayern inzwischen seine Tendenz in rechtskonservativen Kreise (siehe Kap. 3.2.1). Besonders deutlich wurde Weinzierls Neigung, als er bei der Kampfabstimmung zwischen Prof. Thielcke und Herbert Gruhl um den BUND-Bundesvorsitz den späteren ÖDP-Mann Gruhl unterstützte – allerdings vergeblich, denn Thielcke wurde gewählt.<sup>16</sup> Nach mündlichen Aussagen verschiedener BUNDlerInnen ist Weinzierl Mitglied der SPD. Das würde auch zu seinem Umfeld im BUND passen, auch die stellv. Vorsitzende, Angelika Zahrnt, ist SPD-Frau. Ihre Vorgängerin, Ulrike Mehl, wechselte sogar direkt als SPD-Abgeordnete in den Bundestag. Zusammen mit Michael Müller wird Hubert Weinzierl als progressiver Flügel im DNR-Präsidium angesehen, was vor allem zeigt, wie konservativ der Rest ist. Hauptgegenspieler sind vor allem die karriereorientierten jüngeren Vorständler, NABU-Präsident Jochen Flasbarth und Grüne-Liga-Sprecher Leif Miller.<sup>17</sup>

- Michael Müller: Für die Naturfreunde, deren Bundesvorsitzender er ist, sitzt der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller im Vorstand. Müller gilt als Umwelt-Aushängeschild der SPD, vertritt aber aus Umweltschutzsicht eher schwache Positionen. So ist er Anhänger der Agenda 21 und der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland". Seine Person gewinnt zur Zeit im DNR deutlich an Gewicht. Er ist Koordinator einer Arbeitsgruppe, die unter dem Namen "Aufbruch 21" ein neues Strategiepapier des DNR entwickeln soll. Alles wird unter Ausgrenzung der Basis und sehr schnell durchgeführt, damit das Projekt noch vor der Bundestagswahl abgeschlossen ist.<sup>18</sup>
  - Leif Miller: Der Bundessprecher der Grünen Liga und Mitarbeiter bei der Liga in Berlin ist im DNR nur eine Randerscheinung. Er selbst nimmt die Position allerdings sehr wichtig und führt sie im eigenen Briefpapier ganz oben auf. Miller gilt in der Grünen Liga als Hauptverantwortlicher für einen staatsnahen Etablierungskurs.<sup>19</sup> Dazu dient sein Posten im DNR als Sprungbrett für mehr.
  - Gerlinde Hoffmann: Sie ist die einzige Frau im Vorstand des seit der Gründung männerdominierten Verbandes und kommt von der Reitervereinigung. Bemerkenswert: Während der Mitgliederversammlung 1997 saß sie durchgehend stumm am Präsidiumstisch, spielte also keine Rolle.
  - Weitere Vorständler sind die farblosen Albert Lippert und Manfred Niekisch als stellv. Vorsitzende, Klaus Hübner und Joachim Schmidt. Letzterer ist Jugendvertreter und wurde trotz eines gegenteiligen Vorschlages der sogenannten "Jugendvertretung des DNR"<sup>20</sup> in den Vorstand berufen – eingefädelt von einigen der großen Jugendumweltorganisationen, die der unorganisierten "Jugendvertretung" damit ihre Mitwirkungsmöglichkeit nahmen.
- Mitglied im Vorstand des DNR, d.h. des Dachverbandes der deutschen organisierten UmweltschützerInnen zu werden, übt eine große Anziehungskraft auf. Selbst Personen, die von ihren inhaltlichen Positionen kaum als DNR-Sympathisanten bezeichnet werden können, gieren förmlich nach den Posten und sind schwer enttäuscht, wenn sie die Wahl verlieren.<sup>21</sup>

### Finanzielle Abhängigkeit und politische Anbiederung

Der DNR steht als gesondert aufgeführter Posten im Haushalt der Bundesregierung. Dieser Zustand bedeutet eine noch weitgehendere Abhängigkeit als regelmäßige institutionellen Zuwendungen. Statt eigenständiger Finanzhoheit müssen alle Ausgaben als Jahresplanung und Haushaltsplanänderungen im Einzelfall mit dem Bundesumweltministerium abgeklärt werden. Die hauptamtlichen Kräfte und die zentralen Abläufe im Verband sind somit vom Wohlwollen der Bundesregierung voll abhängig. Die Festlegung von Schwerpunkten usw. erfolgt maßgeblich nicht in der Mitgliederversammlung oder im Vorstand, sondern in Gesprächen mit dem Bundesumwelt (und -atom-)ministerium.<sup>22</sup> Der DNR ist in seiner Struktur eher einer Regierungsbehörde als einem unabhängigen Verband ähnlich. Dieses Problem der Abhängigkeit überträgt sich auf die Mitgliedsverbände, denn Informationsflüsse und die Besetzung von Gremiensitzen werden über den DNR für alle deutschen Umweltverbände entschieden. Wohlwollen im DNR und gegenüber der

Regierung sichert den Zugang zu Posten. Wer im DNR kritisch agiert oder außerhalb des DNR steht, hat wenig oder keine Chancen.

Die finanzielle Abhängigkeit des DNR von Staatsgeldern begann sehr früh, da ja auch von Beginn an Staatsbedienstete den Verband dominierten. Im Jahr 1968 lag der Haushalt bei 100.000 DM, davon keine institutionellen Bundesmittel. 1969 wuchs der Haushalt auf 176.000 DM bei 20.000 DM fester Förderung. Das Europäische Naturschutzjahr 1970 ließ den Gesamthaushalt auf 718.000 DM hochschnellen bei 545.000 DM Zuschuß von der Bundesregierung. Ab 1971 mußten dann zunächst wieder kleinere Brötchen gebacken werden, bis sich später ein hoher Haushalt mit einem hohen Prozentanteil von Bundesmitteln stabilisierte. Der neueste Haushaltsabschluß für 1996 weist Einnahmen von insgesamt 2,36 Mio. DM aus, von denen 1,4 Mio. DM aus dem Bundeshaushalt oder anderen staatlichen Quellen stammen. Nur 3.000 DM sind selbst erwirtschaftet.<sup>23</sup>

Wieweit die Regierungsnähe geht, zeigte sich unter anderem 1992: Auffallend waren Belobigungen seitens der großen Umweltverbände und des DNR rund um die Rio-Konferenz 1992. Während die Medien den Umweltgipfel als Fehlschlag werteten, lobten hochrangige UmweltschützerInnen die Bundesregierung und die mit vielen Abstrichen zustande gekommenen Ergebnisse (Agenda 21 usw.). Im nationalen Komitee zur Vorbereitung der Umweltkonferenz wurde der Text der Bundesregierung von den Vertretern des BUND (Hubert Weinzierl), des Naturschutzbundes und des Deutschen Naturschutzringes unterstützt (siehe Kap. 5.1.2).

#### Im Original: Auszug aus dem Grundsatzprogramm des DNR (S. 6+7)

Die Hand des DNR und seiner Mitgliedsverbände zur umfassenden Zusammenarbeit bleibt ausgedehnt für alle Stellen des Staates, für die gesamte Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen und für alle der Umwelt wahrhaftig verpflichteten Organisationen. ...

Umweltschutz sollte nicht gegen, sondern mit den Bürgern durchgesetzt werden. Bürger sind wir alle. Darum sind Unternehmen ebenso wie Gewerkschaften, Bürger ebenso wie deren Umweltorganisationen aufgerufen, konstruktiv die Umweltsanierung mitzugestalten.

### Der DNR in "Aktion"

In der Regel startet der DNR überhaupt keine Aktionen bzw. beteiligt sich auch nicht an anderen. Beispielhaft für die wenigen Aktivitäten sind der Deutsche Umwelttag 1992, der wesentlich über den DNR inszeniert wurde und der "Ökologische Marshallplan". Beide haben eines gemeinsam: Eine inhaltliche Beliebigkeit mit der Vorliebe, klangvolle Industrie- und Politikernamen zu gewinnen. Ökologische Forderungen oder die Beteiligung vieler Basisgruppen waren den DNR-Funktionären dabei immer gleichgültig.

- Deutscher Umwelttag 1992: Während die Basis der Umweltgruppen schon im Vorfeld z.B. vom Geschäftsführer Weinz und auf dem Umwelttag von NABU-Präsident und DUT-Vizechef Flasbarth beschimpft wurden und folglich kaum kamen, gab es eine fast unglaubliche Anbiederung an die Industrie sowie teilweise auch an die Politik (siehe Kap. 5.2.2). Der DNR war der Kritik am DUT ebensowenig offen wie die Veranstalter selbst. Der DUT wurde im DNR initiiert, der DUT-Trägerkreis besteht vor allem aus den dominierenden Verbänden im DNR.

- Der Ökologische Marshallplan: Er entstand, um angeblich die Umsetzung der Beschlüsse der Rio-Konferenz umsetzen zu helfen. Initiator war unter anderem Johannes Karl, CDU-Mann aus Niedersachsen, der in der Umweltbewegung auch andernorts schon "merkwürdig" auffiel, Scheinaktionen durchführte und an verschiedenen Punkten Einfluß zu nehmen versuchte. Inhaltlich ist der Marshallplan dünn. Er beruft sich recht unkritisch auf das Buch "Wege zum Gleichgewicht" von Al Gore und trägt ökoimperialistische Züge (Eindämmung der Bevölkerungsexplosion und Schutz des Tropenwaldes als Hauptziele, kaum Forderungen für Projekte in Europa bzw. Deutschland; siehe Kap. 5.1.2).

Bemerkenswert ist, wie schnell eine lange Liste von ErstunterzeichnerInnen zusammenkam. Allein diese Liste hätte für jedeN weitereN UnterzeichnerIn abschreckend genug sein müssen. Es finden sich: Jo Leinen, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Ernst U. von Weizsäcker, Hans-Jochen Vogel (alle SPD), Joschka Fischer (GRÜNE), Wolfgang Rauls (F.D.P.), Rainer Eppelmann, Lutz Wicke (CDU), Alfred Mechttersheimer, Junge Union, ÖDP, Betriebsrat der Commerzbank, Komitee für Gerechtigkeit (Gründung von Peter M. Diestel und Gregor Gysi) und AEG (Daimler-Benz Firma). Mit dabei auch der Vorstand des Deutschen Naturschutzringes.

- Die Ökologische Steuerreform: Mitte 1997 präsentierte der Deutsche Naturschutzring der Öffentlichkeit einen neuen Vorschlag für eine Steuerreform, in deren Mittelpunkt eine kontinuierlich steigende Abgabe auf den Energieverbrauch lag. Noch wenige Jahre vorher war ein solcher Vorschlag an der F.D.P. und dem BDI (Bundesverband Deutscher Industrie) gescheitert. Diesmal wollten die DNR-Strategen um die Vorstandsmitglieder Jochen Flasbarth und Armin Torbecke (inzwischen ausgeschieden) und den hauptamtlichen Sachbearbeiter Martin Rocholl<sup>24</sup> ganz sicher gehen: Die Großenergieverbraucher sollten deutlich weniger Steuern zahlen. Als offizielle Begründung wurde angegeben, daß damit ein Abwandern ins Ausland verhindert werden sollte. Die eigentlichen Ziele aber wurden schnell deutlich, als die Broschüre zum Thema erschien: BAYER, Daimler-Tochter AEG, CDU-Mann Schäuble, der bayerische Landtag und andere kamen im DNR-Vorschlag zu Wort und lobten die Steuerreform. Dem DNR war das nicht peinlich, sondern zusätzlicher Ansporn. Ginge es nach dem DNR-Vorschlag, so würden in Zukunft also die Chlorchemie, die Stahl- und Aluminiumproduktion, Zementfirmen und andere begünstigt. Strom beim Spülen der Mehrwegflaschen wäre dann teurer als der zur Produktion von Dosen. Bemerkenswert: Der DNR-Vorschlag wurde vorher allen Mitgliedsverbänden vorgelegt. Robin Wood, Grüne Liga, BUND, BBU<sup>25</sup> sowie viele weitere Verbände und Institute tragen das Papier offiziell mit (siehe Kap. 5.2.2)!
- Europapolitik: Auf seiner Delegiertenversammlung 1997 verabschiedete der DNR einen Appell an den Bundestag, die in Amsterdam ausgehandelten Änderungen für den EU-Vertrag im Bundestag zu ratifizieren, obwohl er sie selbst nicht für ausreichend hält.

**Im Original: Auszug aus der Beschlußvorlage zur Delegiertenversammlung 1997 (S. 3)**

Im Amsterdamer Vertrag finden sich die Vorschläge des DNR nur teilweise wieder. Einigen Verbesserungen stehen zahlreiche Versäumnisse gegenüber. Eine Gesamtbewertung des neuen Vertrages ergibt jedoch, daß auch in Amsterdam wieder ein kleiner aber wichtiger Schritt in Richtung einer stärkeren europäischen Integration und der Schaffung einer Umweltunion getan wurde. Der DNR empfiehlt deshalb dem Deutschen Bundestag, den Amsterdamer Vertrag zu ratifizieren. Er empfiehlt gleichzeitig seinen Mitgliedsverbänden, für die Ratifizierung des Vertrages zu werben.

- Thema des DNR sind auch die Debatten um die Agenda 21 und die Nachhaltigkeit. Alle wichtigen DNR-Funktionäre und Mitgliedsverbände sind im "Nationalen Komitee für nachhaltige Entwicklung" vertreten. Den Vorsitz führt Umweltministerin Angela Merkel, Stellvertreter sind der Entwicklungsministeriums-Staatssekretär Klaus Hedrich und DNR-Präsident Wolfgang Engelhardt. Mit dabei sind auch: VertreterInnen der Parteien sowie mit Hans Peter Stihl und Hans-Olaf Henkel die beiden Spitzenvertreter der Deutschen Industrie. Das ganze Projekt hat keinerlei Ergebnisse und dient allein der Selbstdarstellung der Beteiligten. Insgesamt sieht der DNR aber die Agenda und die Nachhaltigkeitsdebatte als wichtige Zukunftsaufgabe an (siehe Kap. 5.1.4).
- Um sich eine neue Plattform und Arbeitsstrategie zu geben, hat der DNR eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein neues Programm mit dem Namen "Aufbruch 21" erarbeiten soll. Koordinationsperson ist das DNR-Präsidiumsmitglied und SPD-Bundesabgeordnete Michael Müller. In der Arbeitsgruppen sitzen sechs DNR-Präsidiumsmitglieder, zwei weitere Verbandsvertreter, sechs Wissenschaftler und drei Journalisten<sup>26</sup>. Es gibt keine BasisgruppenvertreterInnen und nur eine Frau im Gremium. Das Durchschnittseinkommen der beteiligten Personen liegt sehr hoch. Dennoch behauptet Michael Müller, die Arbeitsgruppe würde sich gerade die Verbindung sozialer und ökologischer Fragen widmen.<sup>27</sup> Als wesentliche Grundlage stellte Müller auf der DNR-Delegiertenversammlung 1997 die Agenda 21 und die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" dar. Der eng gefaßte Zeitplan, die Anwesenheit von Journalisten und anderen Prominenten, die Abwehr von Kritik und die Nichtbeteiligung radikalerer bzw. von Basisgruppen zeigt, daß es gar nicht um eine neue Plattform, sondern um ein Imagepapier geht, das rechtzeitig vor der Wahl den rot-grünen Wahlkampf unterstützen soll. Die beiden Personen, die jeweils von SPD und von den Grünen aus im kommenden Bundestag die Umweltpositionen weiterbearbeitet werden, sitzen in der Arbeitsgruppe<sup>28</sup>, weitere SPD- und Grünen-Mitglieder oder -Sympathisanten drumherum.

**Im Original: Auszug aus einem Thesenpapier des DNR-Präsidiums zur Rolle des DNR vom 1.9.1997**

Die Vorschläge des Erdgipfels sind gleichsam ein "dritter Weg" zwischen Staat und Markt. ... "Zukunftsfähiges Deutschland", "AGENDA 21", "Nationaler Umweltplan" – das sind Konzepte der Hoffnung auf mehr Lebensqualität in der Zukunft. ... Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Antworten. Die mutige Vision für ein ehrgeiziges Projekt, wie es in Rio definiert wurde. Wir verstehen uns als Anwälte der Idee einer neuen planetarischen Ethik. Sie ist die Basis für Fortschritt, Demokratie und Wohlstand im 21. Jahrhundert. Dazu gibt es keine Alternative.

#### Auszüge aus dem Papier "Aufbruch 21" im Deutschland-Rundbrief 1/98 (S. 22-23)

... An der gesellschaftlichen Basis wächst das Interesse an der Konkretisierung und Umsetzung der Agenda 21 – vor allem in Kommunen und in wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Hier eröffnen sich neue Chancen. ... Europa muß entscheiden, ob es zukünftig nur eine Mitläuferrolle in der Welt spielen will, oder ob es Vorreiter für ein neues solidarisches Weltmodell wird. ... Die Leitidee der "Zukunftsfähigkeit" ist die wichtigste Antwort auf die erneute Entfesselung des Kapitalismus im globalen Zeitalter. Sie hat ihre Wurzeln einerseits in den Konzepten, die von Europäern für die Vereinten Nationen erarbeitet wurden (...) und andererseits in den Wendekonzepten der Umweltbewegung.  
... Zeitplan... Der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann es dann Anfang September 1998.

### 3.3.2 Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU)

Ebenfalls als Dachverband organisiert ist die AGU. Sie hat nur eine Funktion: Organisation eines direkten Austausches aller am Thema Umweltschutz interessierter Verbände, Konzerne und Regierungsstellen. Mitmachen kann aber nur, wer Mitglied wird – und das kostet vor allem erstmal einiges Geld. BIs und Netzwerke haben keine Chance, womit in der Regel der radikalere Teil der Umweltschutzbewegung außen vor bleibt.<sup>29</sup> Doch selbst ihr Mitmachen würde wenig helfen. RegierungsvertreterInnen, Konzerne, Gewerkschaften usw. haben gegenüber den UmweltschützerInnen eine eindeutige Mehrheit. Finanziell ist die AGU völlig vom Staat abhängig, sie erhält den Großteil der Mittel als institutionellen Zuschuß des Bundesumweltministeriums.

Die AGU selbst ist in viele Arbeitskreise aufgespalten, in denen aktuelle Fragen, vor allem neue Vorhaben der Bundesregierung (Gesetzesänderungen usw.) diskutiert werden. Laut Protokollen und Berichten aus den Sitzungen kommt es zu gar keinem Austausch. Nach statischen RednerInnenliste und ohne echte Aussprachemöglichkeiten nehmen die VertreterInnen aus ihrer Sicht Stellung. Teilweise erfolgen Abstimmungen, jedoch ohne irgendeine bindende Wirkung. Für die Bundesregierung bietet die AGU mit ihren Arbeitskreisen die einmalige Chance, im Vorfeld die Reaktion der Umweltorganisationen und Firmen auf ihre Pläne auszutesten. So können sie ihre Vorhaben bzw. die Umsetzungs- und Öffentlichkeitsarbeitsstrategie darauf einstellen. Die UmweltschützerInnen haben von ihrer Mitarbeit wenig, höchstens in einigen Fällen genauere Informationen über Vorhaben (wobei anzunehmen ist, daß die RegierungsvertreterInnen nur selten mit offenen Karten spielen). Insgesamt nützt diese Gremienarbeit nur den GegnerInnen des Umweltschutzes, da sie frühzeitig die Position der Umweltschutzverbände kennen. Möglich ist aber auch, daß die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen einer der Orte ist, an denen die Mitte der 90er Jahre entstandenen Bündnisse zwischen Umweltverbänden und Politik bzw. Industrie geschmiedet wurden. Nur mit den Millionenbeträge, die inzwischen aus den Kassen der Konzerne und des Staates in die Verbände fließen, ist erklärbar, warum sich die Umweltverbände so nach den Gre-

mienposten sehnen – obwohl es für die Sache der Umwelt höchstens Schaden bringt (siehe oben). Regelmäßig kommt es sogar zu Streit zwischen den Verbänden, wer die den UmweltschützerInnen offenstehenden Plätze besetzen darf.

Daß die Umweltorganisationen dafür, daß sie der Bundesregierung ihre Positionen vor der öffentlichen Auseinandersetzung (falls diese dann überhaupt noch geführt wird) ihre Positionen verraten, auch noch einen hohen Mitgliedsbeitrag bezahlen, mutet schon merkwürdig an. Der Kontakt zu Wirtschaft und Politik scheint sehr wichtig zu sein.<sup>30</sup>

In jedem Fall ist die AGU eine durch die bürokratische Struktur und die Mehrheitsverhältnisse handlungsunfähige Organisation, von der keinerlei Impulse für den Umweltschutz ausgehen. Schon die Vorbereitung der Treffen zeigt, daß Überraschungen nicht gewollt und in diesem Rahmen auch nicht möglich sind.

#### Im Original: Auszug aus der Einladung zur AGU-Mitgliederversammlung am 24.9.1997

... 4. Fragestunde: Das Instrument der Fragestunde ist fester Bestandteil der Mitgliedergespräche. Zur Vorbereitung des Dialogs bitte ich Sie, Fragen von allgemeinem Interesse, die in den Verantwortungsbereich der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen gesellschaftlichen Gruppen fallen, und die nicht durch das Schwerpunktthema abgedeckt werden, der Geschäftsführung bis zum 12. September 1997 zur Verfügung zu stellen.

Ende 1997 wurden in der AGU Reformvorschläge der Bundesregierung diskutiert, nach denen zukünftig professionelle Moderationsmethoden eingesetzt sowie die Fach-Arbeitskreise aufgelöst und durch die von Ministerin Angela Merkel geschaffenen Nachhaltigkeits-Arbeitskreise ersetzt werden sollten. Einzelne Umweltverbände protestierten gegen die Vorschläge.<sup>31</sup>

### 3.3.3 Dachverbände zu bestimmten Zwecken

Für etliche Anlässe haben die großen Verbände gesonderte Bündnisse gegründet. Dabei ist immer die Form des Dachverbandes<sup>32</sup> gewählt worden, da diese den großen Umweltverbänden einen direkten Einfluß sichert. Kleinere oder weniger organisierte Gruppen haben in einem solchen Organisationsmodell nur eine Randrolle oder können wegen der Aufnahmekriterien (Anforderungen an Mindestmitgliederzahl, Beitragshöhe usw.) gar nicht mitmachen.

Der bekannteste Zweckverband war der Deutsche Umweltag e.V. (siehe Kap. 5.2.2). Auch das Europäische Umweltbüro, eine Gemeinschaftsvertretung der großen Verbände, gehört zu solchen Konstruktionen. Unterschiedlich ist, wie offen diese Strukturen für Initiativen bzw. unorganisierte Gruppen sind. In der Regel wird ein Mitgliedsbeitrag erhoben, der kleine Gruppen ausschließt (z.B. beim Deutschen Umweltag 40.000 DM). Bei internationalen Vereinigungen übernimmt der Deutsche Naturschutzring die gemeinschaftliche Vertretung seiner Mitgliedsverbände. Nicht-DNR-Gruppen bleiben dann außen vor.<sup>33</sup>

Eine besondere Bedeutung hat noch das Forum Umwelt & Entwicklung, ein

Dachverband von Umwelt- und Entwicklungsverbänden sowie regierungsnahen Stellen mit dem Ziel, den Rio-Nachfolgeprozess in Deutschland voranzubringen. Das Forum wird vor allem durch Zuweisungen der Bundesregierung finanziert, die über den DNR zweckgebunden für diese Arbeit ausgeschüttet werden.<sup>34</sup> Eine politische Linie des Forum U&E ist nicht zu erkennen. Die Verbände messen ihm offensichtliche geringe Bedeutung zu und profilieren sich in der Öffentlichkeit lieber selbst. Kleinere Gruppen nutzen dagegen den Zusammenschluß, um bundesweite Aufmerksamkeit zu erringen, z.B. der Mitgliedsverein N.E.P.A.L., der für das Forum ein Symposium zu alternativen Lebensprojekten organisierte, in dem im Mittelpunkt ökofaschistische und sexistische Gruppen sowie EXPO-Projekte (ZEGG, LebensGut Pommritz) auftreten sollten (es fiel allerdings wegen TeilnehmerInnenmangel aus).<sup>35</sup> 1997 gab das Forum zusammen mit dem dubiosen Netzwerk Zukunft e.V. (siehe Kap. 3.4.5) die Zeitung "Zukünfte" heraus, in der ebenfalls eine ZEGGlerin mitwirkte. Insgesamt ist das Forum staatsnah und vertritt die aktuelle Mainstream-Nachhaltigkeitsdiskussion, verwunderlich ist daher die Mitgliedschaft demgegenüber kritischer Gruppen wie z.B. dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen.<sup>36</sup>

### 3.3.4 Landesweite Dachorganisationen

Nur in wenigen Bundesländern haben sich die Umweltverbände bzw. ein wesentlicher Teil von ihnen zu landesweiten Dachverbänden zusammengeschlossen. Meist geschah das auf Anlaß der jeweiligen Landesregierung und war verbunden mit finanziellen oder materiellen Unterstützungen. Die Abneigung der Verbände gegen Kooperationen mit anderen UmweltschützerInnen<sup>37</sup> rührt aus der eigenen Profilierungssucht. Alles, was über einen Dachverband läuft, kann nicht mehr der eigenen Außendarstellung dienen. Daher gelingen eher gemeinsame Pressemitteilungen oder ähnliches, in denen die Verbandsnamen nebeneinander stehen, als gemeinsame Projekte oder gar ein Zusammenschluß, bei denen die Einzelverbände in den Hintergrund treten.

Ist jedoch der materielle Nutzen (Geld, Personal) hoch und an die Bildung eines Dachverbandes gekoppelt, so lassen sich die sonst auf Verbandsgrenzen bedachten Organisationen zusammenbringen. Grund ist in vielen Ländern die Koordinierung der Stellungnahmen zu Planungen (Mitwirkung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz). Die Landesregierung zahlt die Zuschüsse für Büroraum und hauptamtliche Kräfte, wenn diese die Stellungnahmen der Verbände bündeln. Für die Regierung zahlt sich solches auch aus: Aus mehreren, potentiell kritischen Beteiligten wird eine einzige Stelle – und die ist zudem finanziell abhängig. Insofern dient das Verfahren von Seiten der Regierungen auch der Förderung staatsnaher Organisationsstrukturen in den Verbänden. Unabhängige Stimmen haben kaum noch eine Chance, weil die Umweltverbände mit einer (von Staat finanzierten!) Stimme reden. Wenn daneben noch Einzelpersonen, Projektgruppen oder Bürger-

initiativen mit abweichenden Stellungnahmen kommen, haben sie kaum eine Chance, Gehör zu finden.<sup>38</sup>

Beispiele für Dachverbände:

- Landesnaturschutzverbände wie in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, bei letzterem sind die großen Verbände wieder ausgetreten wegen interner Streitigkeiten und dem Streben nach eigener Profilierung der Einzelverbände.
- Naturschutzzentren und -akademien, die neben ihrer eigentlichen Aufgabe auch noch wesentliche Koordinationsaufgaben der Verbände untereinander bzw. zwischen ihnen und dem Staat haben. So ist z.B. das Naturschutzzentrum Hessen Koordinationsstelle für den Jugendbereich im Naturschutz (es gibt keine selbstorganisierte Zusammenarbeit der Jugendumweltorganisationen in Hessen!), in der Umweltbildung und bei vielen Einzelprojekten, zudem hat das NZH eine entscheidende Stimme bei der Vergabe von Zuschüssen an Gruppen.<sup>39</sup>

In den 80er Jahren war die Bildung von Dachverbänden phasenweise stark vorangetrieben worden. Allerdings standen die großen Verbände diesen Entwicklungen skeptisch gegenüber oder stiegen wieder aus, um sich als Einzelverband stärker profilieren zu können (z.B. Schleswig-Holstein).

Im Original: Auszug aus QUEM, "Gesellschaftliche Tätigkeit" im Wandel (S. 26)<sup>1</sup>

Ansätze zur Bildung von Netzwerken, wie z.B. von Landesarbeitsgemeinschaften Naturschutz, wurden in den 80er Jahren durch die Profilierung von Großverbänden, namentlich des BUND und des NABU (damals noch: Deutscher Bund für Vogelschutz), verdrängt. Dabei kam es auch zu Erscheinungen von "Verbandskonkurrenz", die bis heute zu beobachten sind.

### Quellen zu 3.3

- 1 "natur" 6/83, S. 36-39. Zudem ist für dieses Kapitel das DNR-Archiv (Standort: Studienarchiv Arbeiterkultur und Ökologie in Baunatal) ausgewertet worden. Zur Geschichte siehe Entwurf eines **Strategiepapieres "Der Deutsche Naturschutzring in den 70er Jahren" vom 1.9.1971**.
- 2 Das gilt auch umgekehrt. In Anti-Atom-Zusammenhängen ist sogar der Name des DNR völlig unbekannt.
- 3 "natur" 6/83, S. 36-39. Zwischen Jagdverband und DNR gibt es unterschiedliche Beschreibungen, ob es zu einem Austritt oder einem Ausschluß gekommen ist. Der BUND-Vorstand beschloß zwar den Austritt aus dem DNR, im Gesamtverband war dieser Schritt aber sehr umstritten.
- 4 "natur" 2/87, S. 15.
- 5 **Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1996, "Umweltgutachten 1996"**, Metzler-Poeschel, Stuttgart (S. 237, Ziffer 655).
- 6 Die Grüne Liga versucht, sich in der Runde der großen Umweltverbände zu etablieren. Dafür sorgen der ehemalige Spitzenfunktionär Klaus Schlüter, der auch im DNR-Präsidium saß, sowie sein Nachfolger dort, der aalglatte Karrierefunktionär Leif Miller, der im DNR die Anbiederung an den Staat und maximale Ausschöpfung staatlicher Geldquellen befürwortet. Es arbeitet besonders gern mit NABU-Präsident Jochen Flasbarth zusammenarbeitet. Der zweiten jüngeren Spitzenperson im bundesdeutschen Naturschutz – ein Pakt der Newcomer im DNR (mündliche Mitteilungen, gemeinsame Pressemitteilungen).
- 7 Der DJN ist ein Jugendverband ohne Erwachsenenverband, also auch ohne verbandsbezogene, aber durchaus auf Staatsposten schieelende KarrieristInnen. Schwerpunkt ist die Naturkundearbeit, traditionell legt der Verein Wert auf Unabhängigkeit.
- 8 Informationen entnommen aus der Einladung mit Programmablauf. Grüne-Liga-Sprecher Leif Miller regte sich auf der DNR-Mitgliederversammlung über die Kritik an seiner Teilnahme stark auf.
- 9 Redemanuskript als **Presseinformation der Bundesregierung am 4.11.1997** (Nr. 396/97).
- 10 Mündliche Mitteilung im Juli 1997.
- 11 Besonders deutlich wurde das in der Kampagne zur ökologischen Steuerreform, wo das Nachgeben gegenüber der Industrie (Ausnahmeregelungen für Großenergieverbraucher) auf der DNR-Mitgliederversammlung 1997 als richtiger Schritt bezeichnet wurde. In mehreren Veröffentlichungen und Redebeiträgen sehen DNR-Funktionäre ihren Verband eher als Vermittler denn als Interessenvertreter für den Umweltschutz.

- 12 Vorstandsliste und Personenbeschreibungen im Leistungsbericht 1997 des DNR.
- 13 In einer Aufforderung zur erneuten Kandidatur bezeichnete BUND-Chef Weinzierl Prof. Engelhardt als den einzigen Umweltschützer in Deutschland, den die Bundesregierung im Kuratorium der DBU akzeptieren würde.
- 14 "natur" 6/83, S. 38.
- 15 Mail von Michael Ganschow, Grüne Liga Brandenburg, vom 1.10.96.
- 16 Oliver Geden, 1996, "Rechte Ökologie", Elefantpress, Berlin (S. 188).
- 17 Dabei geht es nach den Beobachtungen auf Mitgliederversammlungen nicht um unterschiedliche politische Positionen, denn diese sind zwischen den beiden Gruppen nicht wesentlich (radikale Umweltschutzkreise gibt es im DNR nicht). Vielmehr scheint das öffentliche Image und die Karriere im DNR angesichts der überalterten Spitze im Mittelpunkt des Interesses.
- 18 Müller plant damit wie andere DNR-Funktionäre eine Unterstützung für SPD und Grüne. Gleiches gilt für die Kampagne zur Ökologischen Steuerreform, die ebenfalls im Wahljahr aufgezogen wird. Teilweise gesponsort wird sie von Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der ebenfalls für die SPD auf der Bundestagsliste kandidiert. Und um das Boot vollzumachen, steht auch der Projektleiter der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" auf einem vorderen Listenplatz – bei den Grünen. Eine "zukunftsfähige" Seilschaft wird also in den Bundestag einziehen und versucht, ihre Themen in den Umweltverbänden zu verwirklichen.
- 19 Mündliche Mitteilungen aus Grüne-Liga-Landesverbänden.
- 20 Die Jugendvertretung war eher eine Kugelrunde einiger Leute aus etablierten Jugendumweltprojekten wie Verden und Göttingen mit wenigen VerbandsfunktionärInnen der BUND- und Naturschutzjugend. Eine Basisanbindung hatte sie auch nie angestrebt. Aus ihren Reihen stammt der Vorgänger von Joachim Schmidt, Armin Torbecke.
- 21 So ging es 1996 dem Ex-Jugendumwelt-Aktivist Armin Torbecke und dem BBU-Vorstandsmitglied Wolfgang Gühle, der schon vor dem Eintritt des BBU in den DNR, für den er sich maßgeblich eingesetzt hatte, seine Kandidatur für den Vorstand vorbereitete, allerdings scheiterte (siehe Beitrittsschreiben des BBU).
- 22 Im Protokoll der Mitgliederversammlung 1992 findet sich der Hinweis, daß der vorgelegte Haushaltsplan mit dem zuständigen Ressort im Ministerium abgestimmt sei.
- 23 Haushaltsabschlüsse für 1968-70 im Entwurf eines Strategiepapiers (siehe 108). Auswertung der Haushaltsentwürfe für 1990, 1991, 1992, 1995, 1996, 1997 und 1998 sowie Bericht von 1990, 1995 und 1996.
- 24 Martin Rocholl war nicht immer auf wirtschafts- und DNR-freundlichem Kurs. 1993 war einer der Organisatoren des Auftakt-Umweltfestivals, auf dem radikalere Positionen verwirklicht werden sollten (siehe Kap. 3.6).
- 25 Der BBU schickte im Sommer 1997 einen Brief an den DNR mit der Bitte, den strittigen Absatz neu zu diskutieren. DNR-Projektleiter Martin Rocholl lehnte das ab. Etliche DNR-Mitgliedsgruppen wurden im Frühjahr angeschrieben und auf die Folgen der Ausnahmeregelung hingewiesen. Keine Gruppe reagierte gegenüber dem DNR, d.h. sie trugen spätestens ab dem Zeitpunkt auch wissentlich die Formulierung mit. Einige Verbände gaben aber zu, das Papier selbst nie gelesen zu haben.
- 26 Die Journalisten waren leitende Redakteure von der Zeit, der taz und der FR. Taz-Redakteur Tenhagen und FR-Mann Wille sind bekannt als Anhänger von rot-grün.
- 27 Die Kritik an der Zusammensetzung und Vorgehensweise der Arbeitsgruppe wehrte Michael Müller barsch ab und nannte die Kritikpunkte "Unterstellung" und "investigativ" (Fax vom 5.2.1998).
- 28 Für die SPD: Michael Müller. Für die Grünen: Reinhard Loske.
- 29 Der zentrale Hauptausschuß liest sich wie ein "Who is Who" des Umweltschutzes. Hier treffen die SpitzenfunktionärInnen der Umweltverbände, Parteien und anderer Organisationen aufeinander.
- 30 Mündliche Mitteilungen von AGU-Mitwirkenden.
- 31 Vorschlag des AGU-Vorstandes zur Reform des Verbandes: "Eckpunkte zur Weiterentwicklung der AGU" (vom 29.8.1997) und Kritikpapier des BBU vom 15.9.1997, eingebracht über den DNR.
- 32 Dachverband bedeutet einen formalen Zusammenschluß von Gruppen und Verbänden mit Entscheidungsgremien. Der Gegensatz ist das Netzwerk, das nur solange und soweit existiert, wie Initiativen von unten kommen, weil keine übergeordneten Gremien, Geschäftsstellen usw. existieren.
- 33 Ausnahme ist immer Greenpeace, die nicht Mitglied im DNR sind, aber aufgrund der eigenen Möglichkeiten auch international agieren können.
- 34 Siehe Selbstdarstellung im Anhang aktueller Broschüren des Forum U&E.
- 35 Pressemitteilung (ohne Datum) und Programm des Forum U&E zum Symposium am 20.9.1997.
- 38 Siehe 141. Weder BUKO-Geschäftsstelle noch der BUKO-AK "Schwertfisch" reagierten auf die Nachfrage nach dem Sinn der Mitgliedschaft.
- 37 Mit Nicht-UmweltschützerInnen (Industrie, Staat usw.) bestehen dagegen meist intensive Beziehungen.
- 38 Beispiel: Gegen den Bau eines Golfplatzes in Winnerod (Kreis Gießen) wandte sich eine Bürgerinitiative. Die anerkannten Naturschutzverbände sprachen sich aber für den Bau aus (nach mündlicher Mitteilung des örtlichen Vorsitzenden sogar gegen den Widerstand der Verbandsgruppe vor Ort). Da die BI selbst nie beteiligt wurde, blieb die Zustimmung als einziges Votum von Naturschutzseite im Verfahren.
- 39 Das NZH bezeichnet sich selbst als Dachverband der Naturschutzverbände. Das ist eine glatte Lüge. Tatsächlich haben das Land und Kommunen zusammen mit Naturnutzerverbänden eine satte Mehrheit. Die wichtigsten Angestellten einschließlich des Geschäftsführer sind Beamte der Landesregierung. Die Naturschutzverbände kritisieren das nicht, weil auch ihre Förderungen vom Wohlwollen des NZH abhängig sind.

### 3.4 Netzwerke und Initiativen-Verbände

Einen Unterschied zu den bisher beschriebenen Organisationen mit mehr oder weniger großem Mitgliederstamm und (weisungsabhängigen, gleichnamigen) Untergliederungen bilden solche Verbände oder Zusammenschlüsse, die den einzelnen Gruppen ihre volle Eigenständigkeit sowie ihren eigenen Namen belassen und als Netzwerk agieren. Dabei können sie entweder selbst formale Strukturen haben (die Gruppen sind dann korporative Mitglieder oder auf ähnliche Art formal angebunden) oder ein loses Netzwerk sein, dessen einzigen meßbaren Elemente ein regelmäßiger Rundbrief, Treffen oder eine Adressenliste sind. Netzwerke mit formalen Strukturen gibt es bundesweit vor allem zwei:

- In Westdeutschland den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- und in Ostdeutschland die Grüne Liga.

Zudem gibt es in einigen Ländern Zusammenschlüsse, am größten ist der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) in Niedersachsen.

Thematische Netzwerke haben sich dagegen sehr zahlreich gebildet und sind unterschiedlich groß und gut organisiert. Viele sind nicht selbst aktionsfähig, sondern schaffen eine rein informelle Struktur, um den Austausch von Informationen und Erfahrungen zu erleichtern, andere führen auch Kampagnen durch.<sup>1</sup> Da ihnen ein struktureller Überbau fehlt, muß für jede Aktivität eine gesonderte Aktionsstruktur geschaffen werden. Häufig werden einzelne Basisgruppen dann zu den Koordinationspunkten einer bestimmten Aktion.

#### 3.4.1 Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Der BBU ist kein durchorganisierter Verband. Auf Bundesebene weist er alle Strukturen eines Vereines auf, so z.B. einen Vorstand und eine Geschäftsstelle. Er hat aber keine Untergliederungen und nur Fördermitglieder als eigene Basis. Ansonsten sind Gruppen korporative Mitglieder. Sie behalten ihren Namen und sind organisatorisch völlig eigenständig. Der BBU kann weder Anweisungen erteilen noch im Namen der Gruppen sprechen. Jede Gruppe kann jederzeit austreten (was z.B. BUND- oder NABU-Gruppen nicht können!).<sup>2</sup>

#### Geschichte

Der BBU wurde 1972 gegründet. Getragen von den zu dieser Zeit sich vielerorts gründenden Bürgerinitiativen, Anti-AKW- und Friedensgruppen war der Bundesverband über viele Jahre der größte deutsche Umweltverband. Zudem war er in den 70er Jahren der einzige bundesweit agierende, politische Umweltverband. BUND und NABU gab es noch gar nicht bzw. sie fristeten ein selbstgewähltes Randdasein im klassischen Natur- bzw. reinen Vogelschutzbereich. Als Sammelbecken aber währte die Stärke des BBU nur einige Jahre, neben politischen Forderungen und zentralen Aktionen stand die Materialerstellung (Broschüren, Plakate, Buttons usw.) im Mittelpunkt. Spürbar wurden mit der Zeit aber die Gegensätze